

Peter Eisel

10.03.2016

Vorsitzender der SPD-Fraktion im Rat der Gemeinde Ostbevern

* * * * *

Haushalt 2016 – 2019 Steuerung oder Reaktion?

* * * * *

**Rede anlässlich der Verabschiedung des Haushaltes der Gemeinde
Ostbevern für das Jahr 2016**

- Es gilt das gesprochene Wort von Simone Frietsch-



Begrüßung: BM, Rat, Presse, Bürger, MA der Verwaltung mit Dank für Zusammenarbeit

Jahr	Jahresergebnis	Verzehr der Allgemeinen Rücklage
2014 (Prognose)	-3.700.000 €	
2015 (Prognose)	-1.661.950 €	
2016 (Planung)	-1.542.000 €	- 4,22 v. H.
2017 (Planung)	-2.168.000 €	- 6,19 v. H.
2018 (Planung)	-1.434.000 €	- 4,37 v. H.
2019 (Planung)	-1.142.000 €	- 3,64 v. H.

Auch in diesem Jahr wieder einmal: vor uns liegt ein unausgeglichener Haushalt.

Die Ausgaben sind also höher als die zu erwartenden Einnahmen.

Für 2016 haben wir danach sogar ein „dickes“ Polster von ca. 285.000 €, bevor wir in das Haushaltssicherungskonzept **müssen**.

Allerdings fällt die 5 % - Grenze für unser Defizit von Jahr zu Jahr geringer aus!

und wie im vergangenen Jahr ist es das einzige erkennbare Ziel des Etatentwurfs, das pflichtige HSK zu verhindern!! Welch ein Ziel!!

Seit Jahren ist immer wieder betont worden, dass wir in Ostbevern ein strukturelles Defizit haben. Auch unser BM hat bei seiner Einbringung des Etats klargemacht: „Die Situation der Städte und Gemeinden in NRW ist nach wie vor dramatisch, die Kommunen sind strukturell unterfinanziert. Das gilt natürlich auch für Ostbevern. Es ist für die Kommunen nicht möglich, sich einzig durch Einsparungen vor Ort aus dieser strukturellen Unterfinanzierung zu befreien.“

Zum größten Teil geht es in diesem wie in den vergangenen Haushalten um Pflichtaufgaben, die die Gemeinde – wie andere Kommunen –, gezwungen durch Landes – und Bundesgesetze, zu erfüllen haben, mit den entsprechenden, dafür notwendigen finanziellen Aufwendungen.

Im Besonderen handelt es sich hierbei um

- Kosten der Unterkunft
- Hilfe zum Lebensunterhalt
- Grundsicherung im Alter
- Kinder- und Jugendhilfe
- Eingliederungshilfe

- Hilfe zur Pflege.
- Asylwesen

Ein guter Teil dieser Kosten taucht in dem größten Einzelposten unseres Etats auf: den Kosten für den Kreis mit Kreis- sowie Jugendamtsumlage. Nahezu 25 % unserer Aufwendungen gehen an den Kreis!

Und was passiert auf dieser Ebene:

Der Kreis gehört auch zur kommunalen Familie, betreibt der Kreis auch etwas wie Ausgabenkritik – wie wir es bereits vor 4 Jahren in Zusammenarbeit mit dem Bund der Steuerzahler gemacht haben?

Dabei geht es wie auch bei unseren Überlegungen von 2012 nicht um Ausgaben, die gemacht werden müssen, die vielleicht sogar erhöht werden müssen (z.B. über 20 neue Sozialarbeiter beim Kreis 2016).

Es wäre aber ein Wunder, wenn es ausgerechnet beim Kreis WAF keine eingefahrenen, lieb gewonnenen Ausgaben gäbe, auf die man zumindest teilweise verzichten könnte – ohne dass die Bürger eine wesentliche Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen spüren würden.

Aber der Landrat mauert mit der CDU – Mehrheit des Kreistags und wehrt sich gegen eine Ausgabenkritik!!

Alle diese oben genannten Kosten sind in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen und werden es auch weiter tun. Zwar hat die Bundesregierung auch für dieses Jahr die Zuschüsse in Einzelbereichen erhöht, das aber bei weitem nicht in dem Maße, in dem sie für die Kommunen anfallen.

Und welche Einnahmen können wir selbst beeinflussen?

1. Vergnügungssteuer: gesenkt 2015
2. Hundesteuer: ziemlich ausgereizt
3. Steuererhöhungen Grundsteuer A plus 2.400 € → 1,9 %
Grundsteuer B plus 18.400 € → 1,5 %
Gewerbesteuer plus 17.000 € → 0,5 %

Und das bei einem geplanten Defizit von gut 1,5 Millionen €!

Zusammenfassend: Auf der Einnahmeseite sind wir zum großen Teil von den Entscheidungen in Bund und Land abhängig und bei den selbst zu verantwortbaren Einnahmen hat der Rat seine Möglichkeiten ziemlich ausgereizt.

Und nun zu einigen weiteren Ausgaben:

Wofür geben wir denn das Geld aus;

1. Kreisumlage: schon besprochen
2. Inklusion als Querschnittsaufgabe (nicht nur in Schulen!!): immerhin gibt es die Bereitschaft in Ostbevern, sich ein Beispiel aus dem Kreis WAF anzuhören, in welchen Bereichen die Gemeinde tätig werden kann und sollte.
3. Demografie: offensichtlich für die Ratsmehrheit kein Thema mehr: ein Demografiebericht ist bereits überflüssig. Gefahren für die Auslastungen der Kindertageseinrichtungen und der Schulen scheint es hier genauso wenig zu geben wie Probleme bei der Besetzung freier Arbeitsplätze in den nächsten Jahren. Auch die Zunahme der Zahl der älteren Mitbürger ist wohl kein Problem mehr.
4. Asylbewerber: in diesem Bereich steht Ostbevern sehr gut da. Wir haben eine neues Übergangsheim, das alte wird renoviert, Weiligmann wird umgebaut, die alte Schule in Brock wird renoviert und umgebaut, zusätzliche Gebäude sind in Planung.

Zur Kostenerstattung: → Fehlbetrag von ca. 2.500 €/Jahr je Asylbewerber aus der Erstattung durch Bund und Land. Wie schon bei früheren Versprechungen in anderen Bereichen wird für 2017 – oder doch erst 2018 – oder doch noch später? Ein Verbesserung versprochen. Für 2016 produzieren wir in diesem Bereich ein DEFIZIT. Als Forderung kann man da nur dem Städtetag NRW zustimmen:

"Die Städte müssen bei ihren Haushaltsplanungen für das Übergangsjahr 2016 ihren höheren Ausgaben aufgrund der tatsächlichen Flüchtlingszahlen auch höhere Erstattungen durch das Land gegenüberstellen können. Auf diese miteinander verabredete Nachsteuerung legen wir großen Wert. Es ist deshalb ein Schritt in die richtige Richtung, dass das Innenministerium vor wenigen Tagen die Bezirksregierungen gebeten hat, um 10 Prozent höhere Erstattungen in der Haushaltsplanung zu akzeptieren. Die Städte appellieren an das Land, diesen Spielraum

rasch so auszuweiten, dass er den tatsächlichen Flüchtlingszahlen Ende 2015 entspricht"

Unsere Vertreter im Städte – und Gemeindebund sollten mit dem Städtetag in die gleiche Richtung argumentieren!

5. Wohnungsbau: seit Mitte vergangenen Jahres ist der Mietwohnungsmarkt in Ostbevern so gut wie leergefegt. In den vergangenen 4 Wochen gab es gerade 2 Anzeigen in den Wochenendzeitungen, in denen Wohnungen in Ostbevern angeboten wurden. Für die derzeitigen Asylbewerber werden, sobald die Bewerber einen Status haben, Wohnungen benötigt. Außerdem gibt es Gerüchte, dass es auch Junge Menschen aus Ostbevern gibt, die sich eine Wohnung in Ostbevern wünschen, diese aber nicht finden. Für die Ratsmehrheit aber kein Grund, sich Gedanken über eine Planung hierzu zu machen: Welche Personen(gruppen) haben in welchem Umfang welche Wünsche bezüglich zu mietender Wohnungen? Welche Altersgruppe ist besonders auf der Suche? Hier kann die Ratsmehrheit offensichtlich Kaffeesätze lesen, zumindest werden mittelfristige Planungen abgelehnt, die über eine Reaktion auf den kurzfristigen offensichtlichen Bedarf hinausgehen. Außerdem haben diese Kaffeesätze in der Abstimmung ergeben, dass für die von uns geforderten 3 ZUSÄTZLICHEN Gebäude für sozialen Wohnungsbau kein Bedarf besteht.

6. Kulturarbeit: aus 1 mach 2: statt eines Vereins, der sich um die Kulturarbeit kümmert, haben wir jetzt 2. Die Aussage, dass es sich um einen alten und einen neuen Verein handelt, hat uns allerdings verblüfft. Wenn man sich die Aktivitas aus beiden Vereinen ansieht: die handelnden Personen sind mehr oder weniger gleich geblieben, man hat sich nur organisatorisch voneinander getrennt (sorry, beide Vereine haben auch zusätzliche Mitarbeiter gewinnen können!). Auch die Planungen für das 1. Halbjahr zeigen eine große Kontinuität. **Wir können uns nur die finanziellen Unterstützung gem. der ursprünglichen Verwaltungsvorlage vorstellen: 50 % ; 50 %.**

7. Rathaus: wir sind uns alle einig: Das Rathaus hat seine besten Tage hinter sich. Wir heizen die Umwelt auf, die Büros reichen vorne und hinten nicht mehr, vor allem, wenn man die geplanten personellen Erweiterungen berücksichtigt. Aber mehr als ein „Erinnerungsposten“ für Planungen sind unter den derzeitigen finanziellen Rahmenbedingungen nicht drin. PPP – Projekte bei Rathäusern hat es schon etliche gegeben, aber fast immer zum Nachteil der Kommunen. Und wir glauben nun mal nicht,

dass ausgerechnet Ostbevern mehr Wissen und Glück mitbringt als die Kommunen, die bei solchen Projekten draufgezahlt haben!!

Etwas Positives wollen wir nicht verschweigen:

In den kommenden Monaten wollen sich Ratsmitglieder mit einer veränderten Darstellung der Haushalte beschäftigen, um mehr Transparenz, mehr Klarheit bei der Entstehung von Gesamtkosten von größeren Projekten (und das nicht nur für Personalkosten, bilanzielle Abschreibungen usw.) zu schaffen.

Inwieweit dadurch auch die Bereitschaft zur zumindest mittelfristigen Planung vergrößert werden kann, werden wir sehen.

Zurzeit liegt hier wieder ein reaktiver Etat vor, mittelfristige oder gar langfristige soziale Ziele waren nicht durchzusetzen.

In der jetzt vorliegenden Form kann die SPD – Fraktion dem Etatentwurf daher nicht zustimmen!